

Medienmitteilung vom 27. September 2013

Beim AKW Mühleberg darf es keine Deals auf Kosten der Sicherheit geben Tepco-Verhältnisse auch in der Schweiz?

Gemäss Medienberichten sondiert BKW-Verwaltungsratspräsident Urs Gasche die Möglichkeit, das AKW Mühleberg bis 2019 oder gar noch länger zu betreiben, ohne die vom ENSI verlangten zusätzlichen Sicherheitssysteme zu realisieren. Das ENSI bestätigt, dass solche Gespräche am Laufen seien. Für die Grünen ist klar: Deals und Mauscheleien zulasten der Sicherheit darf es nicht geben; die Grünen akzeptieren keine Tepco-Verhältnisse in der Schweiz.

Die Diskussionen über die Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg bleiben weiterhin eine Blackbox und folgen dem Prinzip der Kabinettpolitik. Gemäss heutigen Medienberichten laufen derzeit Diskussionen zwischen BKW und ENSI über einen Weiterbetrieb von Mühleberg über das Jahr 2017 hinaus, ohne die vom ENSI geforderten Nachrüstungen in zusätzliche Sicherheitssysteme vorzunehmen. Offensichtlich wird dabei sogar über Abschalttermine nach 2019 verhandelt.

Für die Grünen Kanton Bern ist klar, dass es in der Atompolitik keine Deals zulasten der Sicherheit geben darf. Wohin Filz, Mauscheleien und geheime Absprachen führen, hat die Atomkatastrophe von Fukushima in schockierender Dimension vor Augen geführt. Tepco-Verhältnisse in der schweizerischen Atompolitik sind für die Grünen absolut inakzeptabel. Die „Flexibilität“ des ENSI, an einem Tag Forderungen zu stellen, die es später in Verhandlungen wieder zur Disposition stellt, ist in dieser Hinsicht höchst beunruhigend.

Die Grünen Kanton Bern fordern ein weiteres Mal die sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg. Der Regierungsrat des Kantons Bern ist als Vertreter des Mehrheitsaktionärs Kanton Bern aufgefordert, seine Verantwortung bezüglich der Sicherheit wahrzunehmen und eine Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg ohne verantwortungslose Deals durchzusetzen. Ein Weiterbetrieb des AKW Mühleberg über das Jahr 2017 hinaus kommt für die Grünen unter keinen Umständen in Frage.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Grossrat, Präsident Grüne Kanton Bern,
Tel. 079 263 47 68